

Niederschrift
über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses
am 07.05.2013

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 21:15 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Hoffmann
Herr Jung
Herr Meichsner, bis 18:45 Uhr, TOP 8
Herr Nolte

SPD

Frau Brinkmann
Herr Fortmeier, Vorsitzender
Herr Franz
Herr Grube
Herr Müller

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gutknecht
Herr Julkowski-Keppler
Frau Weiß

FDP

Herr Bolte

Die Linke

Herr Ocak

Beratende Mitglieder

Bürgernähe

Herr Schmelz

Beirat für Behindertenfragen

Herr Baum, bis 19.00 Uhr

Seniorenrat

Herr Dr. Tiemann, bis 20:00 Uhr

Von der Verwaltung

Herr Moss	Beigeordneter Dezernat 4
Frau Thiede	Dezernat 4
Herr Wörmann	Umweltamt
Herr Thiel	Amt für Verkehr
Herr Spree	Amt für Verkehr
Frau Grau	Amt für Verkehr
Herr Ellermann	Bauamt
Herr Herjürgen	Bauamt

Gäste:

Herr Krain	moBiel, TOP 8 und 9
Herr Steinbrecher	moBiel, TOP 8 und 9
Herr Meier	moBiel, TOP 8 und 9

Schrifführung

Frau Ostermann	Bauamt
----------------	--------

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Fortmeier begrüßt die Anwesenden zur 42. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde.

Herr Fortmeier teilt mit, dass die Genehmigung der Niederschrift vom 09.04.2013, TOP 4.1 (Offenlegung der Lutter) und TOP 16.1 (Antrag auf Änderung der Bauleitplanung für den Bereich der Gewerbeinsel Hofstraße, Zeisigstraße, Schlangenstraße, Brückenstraße) von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Als Tischvorlagen wurden eine Mitteilung des Umweltbetriebes zur Umgestaltung des Spielplatzes auf der Promenade, eine Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.04.13 zur Richmond-Kaserne und eine Nachtragsvorlage zu TOP 4.2 (Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum 2013-2014) verteilt.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis und ist einverstanden -

Öffentliche Sitzung:**Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 41. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 09.04.2013**

- abgesetzt -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen**Zu Punkt 2.1 Umgestaltung des Spielplatzes "Auf der Promenade an der Sparrenburg"**

Herr Fortmeier verweist auf die als Tischvorlage erteilte Mitteilung des Umweltbetriebes.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Fahrradstadtplan

Herr Spree stellt den neuen Fahrradstadtplan vor, der in Zusammenarbeit mit dem ADFC erstellt wurde. Es sei eine Auflage von 30.000 Exemplaren mit Unterstützung des Landes NRW gedruckt worden. Diese Pläne werden kostenlos über die Bürgerämter an Neubürger verteilt.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Förderfähigkeit der Offenlegung der Lutter in der Ravensberger Straße

Herr Wörmann berichtet, dass die Bezirksregierung Detmold in einem Gespräch mitgeteilt habe, unter welchen Rahmenbedingungen das Umweltministerium in Düsseldorf die Förderfähigkeit der Offenlegung der Lutter in der Ravensberger Str. positiv beantworte.

Wenn die Maßnahme vom Niederwall bis zum Stauteich I (ca. 2 km, ca. 3 bis 4 Mio €) als ein Projekt geplant, ökologisch bewertet und umgesetzt wird, ist sie förderfähig. Eine Offenlegung im Grünzug ab der Teutoburger Str. wäre für sich allein auch förderfähig.

Die Stadt wird vom Land in die Pflicht genommen, die Planungen und Ausschreibungen und die Eigenanteilsfinanzierung, die von Pro Lutter eingeworben werden soll, konform mit den geltenden Vorschriften abzuwickeln.

Das Land erwartet eine intensive Beteiligung der Bürger.

Das Land weist darauf hin, dass nur die für den Gewässerausbau notwendigen Maßnahmen gefördert werden, nicht aber städtebauliche Maßnahmen wie Bänke, Papierkörbe, Beleuchtung, Spielplätze etc.

Abschließend ergänzt Herr Wörmann, dass eine Priorität für die Offenlegung der Lutter Auswirkungen auf die Umsetzung der anderen pflichtigen Maßnahmen nach der Wasserrahmenrichtlinie habe, dies sei jedoch eine Frage, die im AfUK zu besprechen sei.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Nutzungsänderung der Richmond-Kaserne Am Stadtholz 24

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5684/2009-2014

Anfrage der CDU-Fraktion vom 25.04.2013:

Ist für die Richmond-Kaserne, Am Stadtholz 24, eine Nutzungsänderung vorgesehen?

Wenn ja, welche?

Herr Moss antwortet, dass natürlich bekannt sei, dass nach dem Umzug der FH das Gebäude einer neuen Nutzung zugeführt wird. Man sei mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW im Gespräch, wie zukünftig die Nutzung für diese Gebäude aussehen soll. Über Ergebnisse werde er hier im Ausschuss berichten.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 4 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen

Zu Punkt 4.1 Offenlegung der Lutter im bebauten Bereich Am Bach und Ravensberger Str. bis Teutoburger Str.

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5429/2009-2014

Drucksachennummer: 5429/2009-2014/1

- abgesetzt -

-:-

Zu Punkt 4.2 Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum 2013 - 2014Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5515/2009-2014

Drucksachennummer: 5515/2009-2014/1

Herr Thiel erläutert die als Tischvorlage verteilte Nachtragsvorlage.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-:-

Zu Punkt 4.3 Radschnellweg OWL, Radschnellweg Bielefeld - Werther, Teilnahme am Planungswettbewerb des Landes NRWBeratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5499/2009-2014

Drucksachennummer: 5499/2009-2014/1

Auf die Nachfrage von Herrn Schmelz zum aktuellen Stand der Abfrage mit den Nachbargemeinden antwortet Herr Spree, dass die Kreise Herford und Minden-Lübbecke großes Interesse an diesem gemeinsamen Projekt haben. Diese beiden Kreise würden eine Beteiligung der Stadt Bielefeld an diesem Projekt sehr begrüßen. Die Stadt Werther möchte ebenfalls gerne mit Bielefeld einen solchen Projektvorschlag einreichen. Auf Nachfrage habe die Universität zum Ausdruck gebracht, dass sie weiterhin einen Radschnellweg Bielefeld-Werther unterstützen werde. Ein Radschnellweg von der Universität bis nach Herford würde keine Unterstützung dort finden.

Herr Julkowski-Keppler stellt fest, dass sich in Zeiten knapper Kassen deutlich zeige, wofür Parteien stehen. Der Auftrag aus der letzten Sitzung an die Verwaltung, mit den beiden Kreisen Kontakt aufzunehmen, habe sich als richtig herausgestellt. Ihm sei bekannt, dass unter der Federführung des Kreises Herford bereits ein Büro in Hannover beauftragt wurde. Dieses bedeute für die Stadt Bielefeld, dass eigentlich keine Verwaltungsaufgaben entstehen. So seien die angegebenen 5.000 € für die Beteiligung an der Vorstudie sicher ausreichend. Die Planung eines Radschnellweges Bielefeld-Herford-Minden wäre der Vorschlag aus Ostwestfalen-Lippe und hätte große Aussicht auf eine Förderung von 80 %. Er werde einen entsprechenden Beschlussvorschlag für einen solchen Radweg formulieren.

Herr Grube macht deutlich, dass die SPD einen solchen Radschnellweg noch einmal intensiv diskutiert habe und im Ergebnis die Anlage eines solchen Radweges sehr kritisch sehe. Es gehe hier nicht nur um einen Radweg. Ein solcher Radschnellweg erhalte eine besondere Dimension.

So sei er gegenüber dem Autoverkehr an bestimmten Stellen bevorrechtigt, er erhalte eine bestimmte Breite und werde beleuchtet. Ferner müssen Raststationen angelegt werden. Es sei mitgeteilt worden, dass pro Kilometer 200.000 - 400.000 € veranschlagt werden müssen. Davon hätte die Stadt einen Eigenanteil von 20 % zu tragen. Jedes Ausschussmitglied müsse sich fragen, ob man sich dieses leisten könne. Er frage, wie der Eigenanteil zu finanzieren sei. Da kein Sponsor in Sicht ist, sei es der SPD zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich, einem solchen Projekt zuzustimmen.

Herr Bolte stellt fest, dass ein solches Zukunftsprojekt eine gute Sache für die Region wäre. Die Realisierung eines solchen Radschnellweges mache Sinn für Bielefeld, sei aber bei der derzeitigen Finanzlage nicht zu verantworten. Die Planung könne nur aufgenommen werden, wenn man einen Sponsor finde. Wenn ein solcher Sponsor gefunden würde, könne er einer solchen Planung gerne zustimmen. Mit der Planung würde zumindest die Möglichkeit geschaffen, in der Zukunft einen solchen Radschnellweg zu errichten. Die Zukunft wird dann zeigen, ob man einen solchen Radschnellweg realisieren kann.

Herr Schmelz stellt fest, dass ein solcher Radschnellweg ein Quantensprung für das Bielefelder Radwegenetz sei. Er würde es sehr bedauern, wenn ein solcher Radschnellweg Richtung Herford über Brake und Milse heute keine Mehrheit finden würde. Er staune, dass die Universität bei ihrer auch nicht guten finanziellen Situation 10.000 € für eine solche Planung aufbringen wolle.

Herr Meichsner bittet die Verwaltung, deutlich aufzulisten, mit welchen Folgekosten noch zusätzlich zu rechnen sei. Er habe der Vorlage entnommen, dass heute eine Entscheidung getroffen werden muß, weil das Ingenieurbüro mit den Vorarbeiten beginne.

Frau Weiß betont, dass man eine Chance für die Zukunft vergebe, wenn man heute dieses Projekt scheitern lasse. Niemand behaupte, dass ein solcher Radschnellweg schnell zu realisieren sei. Man vergebe eine Chance auf Zukunftsfähigkeit, wenn man dieses Projekt heute an den 5.000 € scheitern lasse. Man müsse auch berücksichtigen, dass sich als Zukunftstrend für Mobilität die Elektrofahrräder herausstellen.

Herr Ocak betont, dass man sich hier im Ausschuss mit Stadtentwicklung beschäftigen müsse und sich nicht hinter Finanzfragen verstecken dürfe. Wenn man heute nicht bereit sei, 5.000 € aufzubringen, dann frage er, wieso man auf viele mögliche Millionen bei der Gewerbesteuer verzichtet. Man müsse sich entscheiden, ob man das Projekt richtig findet oder nicht. Er halte es für ehrlicher, wenn man sage, dass man diesen Radweg nicht haben möchte. Seine Fraktion halte diesen Radweg politisch für wünschenswert. Ein solcher Radweg verbessere die Qualität dieser Stadt. Man solle sich die Chancen auf diesen Radschnellweg erhalten und nicht an 5.000 € scheitern lassen.

Herr Hoffmann erinnert, dass man sich als Ratsmitglied auch Gedanken über die Finanzierung einer solchen Maßnahme machen müsse. Er halte es für sehr fraglich, wenn bei einer Milliarde Euro Schulden neue Projekte aufgelegt werden. Er sehe eine Einheit zwischen Finanz- und Stadtentwicklungspolitik. Bevor ein solcher Radweg „de Luxe“ errichtet wird, solle

man die Mängel an den bestehenden Radwegen errichten. So werde seit Jahren ein Radweg von Lämershagen nach Sennestadt gefordert.

Herr Julkowski-Keppler stellt folgenden Antrag:

- 1.) *Die Überlegungen zu einem Radschnellweg OWL sowie eine gemeinsame Teilnahme mit den Kreisen Minden-Lübbecke und Herford an dem Planungswettbewerb Radschnellwege des Landes NRW werden begrüßt.*
- 2.) *Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit dem Projekt Radschnellweg Herford-Minden Bielefeld-Innenstadt an dem Planungswettbewerb des Landes zu beteiligen und die zur Teilnahme erforderliche Vorstudie zu beauftragen.*
- 3.) *Die Kosten für die Vorstudie sind beim Masterplanverfahren Innenstadt einzusparen.*

Weiter schlägt er vor, noch einmal mit der Universität zu sprechen und für einen Radweg Herford-Universität zu werben. Er hoffe, dass diese dann bereit sind, auch hierfür die Planungskosten zu übernehmen. Ansonsten schlage er vor, die Kosten von 5.000 € beim Masterplanverfahren Innenstadt einzusparen.

Herr Thiel ergänzt, dass man für die Zusammenstellung der Unterlagen für den Wettbewerb – insbesondere auch wegen der Kürze der Zeit – ein Büro brauche. Er bestätige, dass ein solcher Radschnellweg verkehrspolitisch als sehr sinnvoll angesehen werde. Allerdings werden voraussichtlich alle freiwilligen Leistungen des Amtes gestrichen. Die Spielregeln seien, dass derzeit neue freiwillige Leistungen nicht möglich seien. Zu den Kosten für einen solchen Radfahrschnellweg gehört zunächst die Machbarkeitsstudie. Anschließend müsste ein solcher Radweg durchgeplant werden. Man rechne durchschnittlich mit Planungskosten in Höhe von 10 % der Baukosten.

Auch hiervon wäre der Eigenanteil von 20 % zu tragen. Von den eigentlichen Baukosten wäre ebenfalls dieser Eigenanteil zu tragen. Noch völlig ungeklärt seien die Unterhaltungskosten. Es sei wenig glaubhaft, dass das Land hinterher einen solchen Radschnellweg in die eigene Baulast übernehme. Ferner seien die Finanzierung der Beleuchtung und ihre Unterhaltung auch völlig ungeklärt. Verkehrspolitisch sei dieses Projekt sehr wünschenswert, die Haushaltslage spreche leider dagegen.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Julkowski-Keppler.

Beschluss:

- 1.) **Die Überlegungen zu einem Radschnellweg OWL sowie eine gemeinsame Teilnahme mit den Kreisen Minden-Lübbecke und Herford an dem Planungswettbewerb Radschnellwege des Landes NRW werden begrüßt.**
- 2.) **Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit dem Projekt Radschnellweg Herford-Minden Bielefeld-Innenstadt an dem Planungswettbewerb des Landes zu beteiligen und die zur Teilnahme erforderliche Vorstudie zu beauftragen.**
- 3.) **Die Kosten für die Vorstudie sind beim Masterplanverfahren Innenstadt einzusparen.**

dafür: 4 Stimmen
 dagegen: 9 Stimmen
 Enthaltungen: 1 Stimme
 - mit Mehrheit abgelehnt -

Anschließend lässt Herr Fortmeier über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

- 1.) Die Überlegungen zu einem Radschnellweg OWL sowie eine gemeinsame Teilnahme mit den Kreisen Minden-Lübbecke und Herford an dem Planungswettbewerb Radschnellwege des Landes NRW werden nicht weiter verfolgt.
- 2.) Die Überlegungen zu einer Radschnellwegverbindung Bielefeld-Innenstadt - Universität / Fachhochschule - Werther werden begrüßt.
- 3.) Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit dem Projekt Radschnellweg Bielefeld-Innenstadt - Universität / Fachhochschule - Werther an dem Planungswettbewerb des Landes zu beteiligen und die zur Teilnahme erforderliche Vorstudie zu beauftragen.

dafür: 0 Stimmen
 dagegen: 9 Stimmen
 Enthaltungen: 5 Stimmen
 - mit Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 5

Anträge

- keine -

Umweltamt

Zu Punkt 6

Bericht European Energy Award eea®

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5569/2009-2014

Herr Fortmeier stellt den Beschluss des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die in der Anlage aufgeführten Ergebnisse und Maßnahmen des Auditberichts zum European Energy Award eea® werden zur Kenntnis genommen.

2. Die Umsetzung städtischer Maßnahmen steht generell unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

- einstimmig beschlossen -

-:-:-

Immobilienervicebetrieb

Zu Punkt 7

StadtParkLandschaft - Aufbau und Weiterentwicklung touristischer Infrastrukturen in Bielefeld / Wettbewerb zur Umsetzung der Maßnahmen:

- Besucherinformationszentrum Sparrenburg

- Informationspunkt Johannisberg

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5599/2009-2014

Herr Moss erläutert, unter welchem hohen Zeitdruck diese Maßnahme stehe und bittet heute eine Entscheidung zu treffen.

Herr Gutknecht teilt mit, dass er sich bereits in der Bezirksvertretung Mitte kritisch zu diesem Wettbewerbsergebnis geäußert habe. Auch heute werde er gegen den Beschlussvorschlag stimmen. Man habe an der Sparrenburg mehrere Maßnahmen ergriffen, die alle für sich die Sparrenburg in einem besseren Licht erscheinen lassen. Er vermisse jedoch ein Gesamtkonzept für die Sparrenburg, die immerhin das Wahrzeichen der Stadt sei. Er lehne die Empfehlung des Preisgerichtes ab, weil das geplante Besucherinformationszentrum auf ihn wenig einladend wirke. Das Wettbewerbsergebnis lasse sich nach seiner Auffassung nicht in die Burg einfügen. Wenn der Baukörper wie geplant errichtet werde, sei eine Materialvielfalt vorhanden, die den Burgcharakter nicht mehr erkennen lasse.

Herr Fortmeier erinnert an den Weg vom großen Kolloquium bis zur Entwicklung des Gesamtkonzeptes Sparrenburg, den Sitzungen der Arbeitsgruppe Sparrenburg und den Diskussionen in diesem Ausschuss. Mit dieser letzten Entscheidung befinde man sich am Ende eines erfolgreichen Prozesses.

Herr Franz erklärt, dass das Besucherinformationszentrum Sparrenburg und der Informationspunkt Johannisberg zum nächsten Frühjahr fertiggestellt werden müssen. Wenn man dieses erreichen möchte und der Wettbewerb sinnvoll sein soll, dann müsse man das Votum des Preisgerichtes ernstnehmen, um das Verfahren weiter voranzubringen.

Frau Weiß schließt sich im Ergebnis Herrn Franz an. Man habe leider nicht so viel Geld zur Verfügung gehabt, um einen richtig großen Wettbewerb durchzuführen. Der durchgeführte Wettbewerb habe aber sehr interessante Ergebnisse gebracht. Wenn man alte und neue Elemente mische, entstehen Ergebnisse, die nicht allen gefallen. Sie werde dem Entwurf zustimmen.

Herr Schmelz stellt fest, dass das Wettbewerbsergebnis außergewöhnlich sei und daher zunächst einmal gewöhnungsbedürftig. Er habe sich inzwischen mit dem Entwurf angefreundet. Hervorzuheben sei, dass die Torhausituation sehr positiv gelöst wurde. Er wünsche sich, dass die Fenster zum Innenhof vergrößert werden. Insgesamt möchte er festhalten, dass er das Wettbewerbsergebnis für einen außergewöhnlich guten Entwurf halte.

Herr Meichsner stellt fest, dass dieser sicherlich zunächst gewöhnungsbedürftige Entwurf von der heute üblichen Glasbauweise erheblich abweiche. Er hoffe hier auf ein bleibendes Alleinstellungsmerkmal. In diesem Zusammenhang verweise er auf die Stadthalle. Inzwischen gebe es vier solcher Gebäude in der ganzen Welt. Er danke der Vorsitzenden des Beirats für Stadtgestaltung, dass sie die Durchführung dieses kurzfristigen, aber sehr erfolgreichen Wettbewerbs durchgesetzt hat. Er hoffe, dass es gelinge, den zur Verfügung stehenden Finanzrahmen einzuhalten.

Herr Moss erinnert, dass man zunächst mit einem mutigen Vorschlag vorgehabt habe, dieses Informationszentrum im Südraum zu platzieren. Dieses sei sehr differenziert diskutiert worden. Er bedanke sich auch beim Beirat für Stadtgestaltung, der dringend ein Wettbewerbsverfahren empfohlen habe. Die eingeladenen Architekten haben allesamt gute Entwürfe abgegeben. Er sei der festen Überzeugung, dass man mit dem Wettbewerbsgewinner einen sehr guten Architekten habe, dem es gelinge, an der Burg und auf dem Johannisberg eine „Marke“ zu setzen.

Herr Fortmeier stellt den erweiterten Beschluss der Bezirksvertretung Mitte zur Abstimmung.

Beschluss:

- 1. Der im Rahmen des Wettbewerbs mit dem 1. Preis bewertete Entwurf des Architekten Max Dudler, Berlin (s. Anlage) soll für das Besucherinformationszentrum Sparrenburg und den Informationspunkt Johannisberg zur Ausführung kommen.**
- 2. Der Immobilienservicebetrieb wird beauftragt, mit dem ersten Preisträger über die Anpassung des Entwurfs für den Informationspunkt Johannisberg zu verhandeln und die ausgelobten Maßnahmen auf der Grundlage des Wettbewerbssiegers umzusetzen.**
- 3. Der Sieger des Wettbewerbs, der Architekt Max Dudler, Berlin wird im Rahmen eines Architektenvertrages mit der Realisierung seines Entwurfs beauftragt.**
- 4. Die Bezirksvertretung sieht die geplante Durchgangssituation des mit dem 1. Preis bewerteten Entwurfs kritisch und regt eine Überarbeitung an.**

5. Sollte aus finanziellen Gründen eine Realisierung des Entwurfs des Wettbewerbssiegers nicht möglich sein, spricht sich die Bezirksvertretung dafür aus, den mit dem 3. Preis bewerteten Entwurf zur Umsetzung heranzuziehen. In diesem Fall empfiehlt die Bezirksvertretung Mitte, die Gestaltung des Informationspunktes Johannisberg dem Besucherinformationszentrum Sparrenburg zur Schaffung einer „Corporate Identity“ anzugleichen.

dafür: 12 Stimmen
 dagegen: 1 Stimme
 Enthaltungen: 1 Stimme
 - mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Amt für Verkehr

Zu Punkt 8

Neues Netzkonzept für den weiteren Stadtbahnausbau sowie Entscheidung zur Planung der neuen Linie 5 in Niederflurtechnik mündlicher Bericht

Herr Meier stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation das neue Netzkonzept für den weiteren Stadtbahnausbau vor. Anschließend erläutert Herr Steinbrecher die „Systemfrage“. Die Folien dieser Vorträge sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Steinbrecher betont, dass die anstehenden Entscheidungen zeitnah getroffen werden müssen, damit man in das Förderprogramm des Bundes aufgenommen werden kann.

Herr Moss stellt fest, dass das Bürgerforum Stadtbahnausbau am 27.04.2013 im Alten Rathaus ein großer Erfolg gewesen sei. Die Veranstaltung sei von 10.00-17.00 Uhr durchweg sehr gut besucht gewesen. In Bezug auf die öffentliche Sondersitzung der betroffenen Bezirksvertretungen am 22.05.2013 teilt Herr Moss mit, dass die Bezirke ein Anhörungsrecht haben, aber keine Entscheidungen treffen.

Herr Bolte teilt mit, dass seine Fraktion die Stadtbahnverlängerungen Heepen und Sennestadt begrüßen. Die erforderlichen Entscheidungen sind von der Politik zu treffen und nicht als Primat von moBiel anzusehen. An sich sei es nicht in Ordnung, dass jetzt innerhalb eines Monats solche weitreichenden politischen Beschlüsse gefasst werden müssen. Seine Fraktion werde jedoch diesen Weg mitbeschreiten, damit man die Möglichkeit habe, in das Förderprogramm des Bundes aufgenommen zu werden. Dieses bedeute aber nicht, dass man allen Vorschlägen von moBiel zustimmen werde, nur weil ein Förderantrag abgegeben wurde. Bisher habe moBiel keine aussagekräftigen Zahlen zur Verfügung gestellt. So wurden z.B. keine Vergleichszahlen vorgestellt, ob Hochflur- oder Niederflurtechnik wirtschaftlicher sind. Im Hinblick auf die Depotfrage könne er sich vorstellen, dass alle Bahnen in Sieker bleiben. Ein Busdepot könne man überall errichten. Solche Prüfungen müssten auch erfolgen. Ferner

sei seine Fraktion absolut nicht der Meinung, dass ausschließlich der Jahnplatz als Umsteigeplatz zur Verfügung steht. Auch hier müssten noch weitere Überlegungen angestellt werden. In Bezug auf seinen Stadtbezirk Senne möchte er darauf hinweisen, dass man dort keine Zäune haben möchte, die den Stadtbezirk absperren. Die Gesamtkosten beinhalten immer, dass die Stadtwerke den Eigenanteil von 20 Millionen Euro aus ihrem Ertrag bezahlen können. Man müsse zurzeit sehr vorsichtig sein, weil der gesamtwirtschaftliche Bereich - auch der Stadtwerke - im Moment sehr virulent sei. Niemand könne vorhersagen, ob die Stadtwerke diese Summe tatsächlich aufbringen können. Seine Fraktion werde den Weg begleiten, weil das Ziel in Ordnung sei. Es dürfe niemand glauben, dass mit diesem Vortrag alle Fragen ausgeräumt sind.

Herr Hoffmann bestätigt, dass die Meinungsbildung in den Fraktionen im Gange sei. Die Erweiterungen der Stadtbahn sei notwendig und der Vortrag hierzu sehr wertvoll. Er lasse sich generell sehr ungern unter Zeitdruck setzen, aber er sehe ein, dass der Zeitplan eingehalten werden müsse.

Herr Julkowski-Keppler bedankt sich für die Informationen von moBiel und hält fest, dass die Streckenerweiterung und die Systemfrage noch vor der Sommerpause entschieden werden müssen. Er sehe hier eine positive Chance für Bielefeld, ein neues, größeres Mobilitätsnetz aufzubauen. Es gibt viele Fragen, die geklärt werden müssen. Eine Frage, die eine große Rolle in dieser Stadt spielen wird, ist der Jahnplatz. Derzeit kenne man auch das Verkehrsgutachten zum Jahnplatz, dass nach der Sommerpause vorgestellt werden soll, noch nicht. Seine Fraktion sei bereit, diesen Weg zu gehen, auch wenn viele Fragen im Vorfeld noch nicht geklärt werden können. Man wolle die Chancen aber unbedingt wahrnehmen.

Herr Grube bedankt sich auch bei Herrn Meier und Herrn Steinbrecher für die Informationen. Man habe sich damit für die nächsten Jahre allerhand vorgenommen, was die Stadt auch wesentlich verändern werde. Große Schwierigkeiten werde es sicherlich mit dem Verlauf der Strecke nach Heepen geben. Die Bürger in Heepen diskutieren eine Stadtbahnverlängerung sehr kritisch. Dieses liege auch daran, dass der Bielefelder Osten hervorragend an den Bus angebunden sei. Weiter möchte er an das Kunstprojekt im grünen Stadtring erinnern, dass gesponsert worden sei. Den letzten Baum für dieses Projekt habe er vor vielen Jahren gepflanzt. Sollten hier Baumfällungen erforderlich werden, werde es viel Ärger geben.

Herr Schmelz dankt der moBiel für die umfangreiche Vorarbeit. Ihm gefalle das positive Konzept der Bürgerbeteiligung. Er stimme moBiel zu, dass der Jahnplatz der zentrale Umsteigeplatz bleiben müsse. Als alternativen Standort für ein Bahndepot könne er sich, außer dem bisher in der Diskussion stehenden Containerbahnhof, einen Standort an der Linie 1 vorstellen. Ihm sei nicht ganz klar, wie man es erreichen wolle, dass auf dem Teilstück Bethel bis Brackwede-Kirche in Hochflur- und Niederflurtechnik gefahren werden kann. Zur geforderten Barrierefreiheit bis 2022 frage er, ob an der Detmolder Straße noch 2 Hochbahnsteige errichtet werden.

Frau Weiß bezieht sich auf die Zahl von 18 Millionen Euro für den Systemwechsel. Diese Summe beinhalte den Rückbau der Hochbahnsteige der Linie 1, den Verknüpfungspunkt Niederflur/ Hochflur und die Verlängerung zur Württemberger Allee. Sie ahne, dass es hier erhebliche Diskussionen über die Kosten dieses Rückbaus geben werde. Außerdem müsse die Wirtschaftlichkeit im Hinblick auf die Buslinien, die eingespart werden, noch genauer erläutert werden. Wenn sich die Situation für die Bürger nicht verschlechtern soll, könne man vielleicht nicht so viele Buslinien einsparen, wie bisher angenommen wurde. Außerdem müsse die Umsteigesituation auf dem Jahnplatz für den Bürger eindeutiger geklärt werden. Dieses seien alles Detailfragen, die aber nicht davon abhalten, diesen Weg zu gehen.

Herr Fortmeier fasst zusammen, dass alle Vorredner herausgestellt haben, dass es hier um eine große Chance für Bielefeld gehe.

Herr Meier antwortet auf die Depotfrage, dass die Vamos-Bahnen mit 35m Länge mit großem Aufwand in das Depot in Sieker integriert wurden. Die zukünftigen Bahnen mit einer Länge von 45m können in Sieker nicht mehr integriert werden. Somit wird ein neuer Standort für die Stadtbahnen notwendig, wenn ein Ausbau des Stadtbahnnetzes erfolgen soll, egal ob in Hoch- oder in Niederflurtechnik. Weiter erläutert Herr Meier, dass in den angesprochenen 18 Millionen Euro eine 1 ½ km Verlängerung zur Württemberger Allee enthalten sei. Dieses sei hier der höchste Kostenfaktor. Herr Steinbrecher ergänzt, dass diese Verlängerung positiv bewertet wurde, wegen der dort vorhandenen Bevölkerungsdichte.

Herr Meier hält fest, dass klar sei, dass der Jahnplatz und Bethel die entscheidenden Diskussionspunkte sein werden. Er versichere, dass kein „Beuys-Baum“ gefällt werden müsse, weil diese sich im zweigleisigen Bereich Richtung Adenauerplatz befinden. Jetzt müssen die Diskussionen mit dem Bürger geführt werden. In diesen Diskussionen vor Ort werde auch gefragt, mit welchem System zukünftig gefahren werde. Es müssen jetzt die wichtigen strategischen Entscheidungen getroffen werden, damit auch vor Ort die Diskussionen mit dem Bürger geführt werden können. Es werde schwierig, die Werkstattwochen ohne Systementscheidung zu führen. Der Bürger möchte wissen, ob vor seiner Haustür ein Hochbahnsteig gebaut wird.

Herr Moss fordert eine enge gemeinsame Zusammenarbeit ein, damit das enge Zeitfenster für den Förderzeitraum bis 2019 eingehalten werden kann. Der Beschluss, der vor der Sommerpause zu treffen ist, müsse so konkret wie möglich formuliert sein, aber noch Handlungsspielräume für die Zeit nach der Sommerpause zulassen.

Herr Fortmeier äußert, dass es sich bei der Sondersitzung der betroffenen Bezirksvertretungen am 22.05.13 nicht um eine verpflichtende Sondersitzung für die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschuss handele. Diese Sitzung werde für den Stadtentwicklungsausschuss als zusätzliches Angebot angesehen, an der man teilnehmen könne.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 9**Machbarkeitsstudie für die Stadtbahnverlängerung nach Sennestadt**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5594/2009-2014

Herr Meier präsentiert die Machbarkeitsstudie für die Stadtbahnverlängerung von Senne nach Sennestadt vor.

Herr Müller teilt mit, dass die geplante Stadtbahnverlängerung nach Sennestadt von den Sennestädtern sehr positiv gesehen werde. Aber auch in Sennestadt gebe es Konfliktpotential. Zum Beispiel werden im Zentrum viele Parkplätze wegfallen, was zu Unmut bei den Einzelhändlern führen wird. Es sei klargeworden, dass es an vielen Stellen schwierig wird, Hochbahnsteige zu errichten. Er sehe damit für Sennestadt die Systemfrage beantwortet.

Herr Schmelz bittet, dass keine Zäune an der neuen Stadtbahn errichtet werden. Weiter frage er nach der Errichtung von Park- und Ride-Möglichkeiten in Nähe der Autobahn A2.

Herr Meier bestätigt, dass ein Park- und Ride-Platz an der Autobahnabfahrt Richtung Brackwede sinnvoll sei. Es sei fraglich, ob dort Flächen herangezogen werden können. Es gebe den heutigen Park- und Ride-Parkplatz an der derzeitigen Endhaltestelle der Linie 1, der sicherlich noch verbessert werden könne. Die Frage sei, ob Autofahrer von der Autobahn kommend dort noch umsteigen. In der Sennestadt gebe es eine Fläche der Sennestadt GmbH in der Nähe der kleinen Kapelle. Dieser Platz sei jedoch eher für Autofahrer aus Richtung Stukenbrock sinnvoll. Er bestätige, dass unabhängig von der Entscheidung für eine Seiten- oder Mittellage diese Strecken ohne Zäune machbar seien.

Herr Moss führt aus, dass im weiteren Verfahren die Alternative "Mittellage" im Bereich der Paderborner Straße in Sennestadt nochmals geprüft werden sollte.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 10**Festlegung des Ausbaustandards der Bechterdisser Straße zwischen dem Anschluss des Gewerbegebietes Niedermeyers Hof und dem Ostring sowie der Planstraßen im Gewerbegebiet**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5538/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Der Umgestaltung der Bechterdisser Straße im Abschnitt zwischen dem Anschluss des Gewerbegebietes Niedermeyers Hof und dem Ostring entsprechend der vorgelegten Planung wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Bauamt/Bauleitpläne**Zu Punkt 11 Bauleitpläne Brackwede**

**Zu Punkt 11.1 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. I/ S 54 "Gewerbegebiet Enniskillener Straße" für eine Teilfläche des Gebietes südlich der Enniskillener Straße/ westlich der Fabrikstraße
216. Änderung des Flächennutzungsplanes "Erweiterung der Gewerblichen Baufläche Enniskillener Straße" im Parallelverfahren
- Stadtbezirke Senne und Brackwede -
Beschluss über Anregungen
Satzungsbeschluss und endgültiger Beschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5536/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

1. Die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung werden gemäß Vorlage Anlage A 1 zur Kenntnis genommen.
2. Den Stellungnahmen des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW (Ifd. Nr. 1) der Bez.Reg. Detmold Bodenordnung/Ländliche Entwicklung (Ifd. Nr. 2) der Landwirtschaftskammer NRW, Kreisstelle HF/BI (Ifd. Nr. 3) wird gemäß Vorlage Anlage A 2 nicht stattgegeben.
3. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergänzungen der textlichen Festsetzungen und der Begründung werden gemäß Vorlage beschlossen.
4. Die 216. Änderung des Flächennutzungsplanes „Erweiterung der Gewerblichen Baufläche Enniskillener Straße“ mit Begründung gemäß Anlage B der Vorlage wird im Parallelverfahren gemäß § 8 (3) BauGB endgültig beschlossen.

5. Der Bebauungsplan Nr. I/S 54 „Gewerbegebiet Enniskillener Straße“ für eine Teilfläche des Gebietes südlich der Enniskillener Straße, westlich der Fabrikstraße, wird mit Text und Begründung als SATZUNG nach § 10 (1) BauGB beschlossen.
6. Nach Durchführung des Genehmigungsverfahrens zur 216. Änderung des Flächennutzungsplanes sind die Erteilung der Genehmigung für die Flächennutzungsplan-Änderung sowie der Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. I/S 54 „Gewerbegebiet Enniskillener Straße“ gemäß §§ 6 (5), 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 Bauleitpläne Dornberg

- keine -

-.-.-

Zu Punkt 13 Bauleitpläne Gadderbaum

- keine -

-.-.-

Zu Punkt 14 Bauleitpläne Heepen

- keine -

Zu Punkt 15 Bauleitpläne Jöllenbeck

- keine -

-.-.-

Zu Punkt 16 Bauleitpläne Mitte

**Zu Punkt 16.1 Antrag auf Änderung der Bauleitplanung für den Bereich der Gewerbeinsel Hofstraße, Zeisigstraße, Schlangenstraße, Brückenstraße
- Stadtbezirk Mitte -**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5556/2009-2014

- abgesetzt -

-.-.-

Zu Punkt 16.2 Erstaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/4/55.00 "Wohngebiet Lessingstraße - Teilplan 1 für das Gebiet Detmolder Straße, Mozartstraße, Promenade und Klusstraße und 213. Änderung des Flächennutzungsplanes "Gemischte Baufläche Detmolder Straße"

Stadtbezirk Mitte

- Beschluss über Stellungnahmen

- Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. III/4/55.00 Teilplan 1 -

- Abschließender Beschluss zur 213. Änderung des Flächennutzungsplanes -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5514/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

1. Die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung werden gemäß Vorlage Anlage A.1 zur Kenntnis genommen.
2. Die Stellungnahme des Landesbetriebs Wald und Holz NRW im Rahmen der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB wird gemäß Vorlage Anlage A.3 zur Kenntnis genommen.
Der Stellungnahme der Stadtwerke Bielefeld im Rahmen der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB wird gemäß Vorlage Anlage A.3 gefolgt.
3. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen der zeichnerischen und textlichen Festsetzungen und der Begründung werden gemäß Vorlage beschlossen.
4. Die 213. Änderung des Flächennutzungsplanes „Gemischte Baufläche Detmolder Straße“ wird mit der Begründung abschließend beschlossen.
5. Der Bebauungsplan Nr. III/4/55.00 „Wohngebiet Lessingstraße“ - Teilplan 1 wird als Satzung gemäß § 10 (1) BauGB beschlossen.
6. Die Begründung zum Bebauungsplan Nr. III/4/55.00 „Wohngebiet Lessingstraße“ - Teilplan 1 wird gebilligt.
7. Nach Durchführung des Genehmigungsverfahrens zur 213. Änderung des Flächennutzungsplanes sind die Erteilung der Genehmigung für die Flächennutzungsplan-Änderung sowie der Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. III/4/55.00 „Wohngebiet Lessingstraße“ - Teilplan 1 gemäß §§ 6 (5), 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 16.3 Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre für den Bereich zwischen Herforder Straße, Friedrich-Ebert-Straße, Kesselbrink und Friedrich-Verleger-Straße (Gebiet des aufzustellenden Bebauungsplanes III/ 3/01.22 "Wilhelmstraße") - Stadtbezirk Mitte - Veränderungssperre

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5537/2009-2014

Herr Ellermann weist darauf hin, dass die von der Bezirksvertretung Mitte beschlossene Ergänzung zur Erweiterung des Änderungsgebietes rechtlich nicht zulässig ist. Mit einer Veränderungssperre darf nur das Gebiet des in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes gesichert werden. Eine Erweiterung des Geltungsbereiches ist nicht möglich. Er bitte daher den Beschlussvorschlag ohne die Ergänzung der Bezirksvertretung Mitte zu beschließen.

Beschluss:

Die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre für den Bereich zwischen Herforder Straße, Friedrich-Ebert-Straße, Kesselbrink und Friedrich-Verleger-Straße (Gebiet des aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. III/3/01.22 „Wilhelmstraße“) wird beschlossen.

Für die genauen Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches der Veränderungssperre ist die im Abgrenzungsplan des Bauamtes im Maßstab 1: 1000 vorgenommener Eintragung (rote Linie) verbindlich.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17 Bauleitpläne Schildesche

- keine -

-.-.-

Zu Punkt 18 Bauleitpläne Senne

- keine -

-.-.-

Zu Punkt 19 Bauleitpläne Sennestadt

- keine –

-.-.-

Zu Punkt 20 **Bauleitpläne Stieghorst**

- keine -
